



Mainz, 08.02.2011

Pressemeldung

Landeselternbeirat sieht Schulen schon jetzt als Gewinner der Landtagswahl

9 Positionen wurden als Prüfsteine an alle zur Wahl stehenden Parteien verschickt – die eingetroffenen Antworten haben den LEB bestätigt. Die Forderungen der Eltern wurden in der Regel nicht nur begrüßt, teilweise sogar durch noch ehrgeizigere Ziele übertroffen. Eltern und wahlberechtigte Schüler können somit entspannt zur Urne gehen. Alle Parteien haben sich inzwischen die Positionen des LEB für kleinere Klassen, bessere individuelle Förderung und eigenverantwortliche Schulen zu Eigen gemacht.

„Wir werden den Parteien genau auf die Finger schauen, wenn sie im Nachgang zu den Wahlen die Haushaltsgelder auf die einzelnen Etatposten verteilen“, verspricht Landeselternsprecher Rudolf Merod. Die Elternvertreter fühlen sich durch die Resonanz der Parteien auf ihre Anfrage in ihrem Engagement bestätigt und freuen sich vor allem über die inhaltlichen Übereinstimmungen der Parteien zu den Positionen des Elternremiums.

Bei der Schülerzahl pro Lehrer unterscheiden sich die beiden großen Volksparteien nicht wesentlich in ihren Zielen. Beide wollen die Klassenmesszahlen in Schritten verringern, zunächst in den Grundschulen. Die SPD will damit schon im kommenden Schuljahr beginnen und die Klassenmesszahl auf 24 Schüler senken. Die CDU ist ehrgeiziger. Sie strebt eine Klassenmesszahl von 20 in Grundschulen an. Allerdings fehlt ein Zeitplan. 20 Schüler pro Klasse fordern auch die GRÜNEN. Die FDP unterstützt die Position des LEB nach einer Klassenobergrenze von 25 in allen Schularten „voll umfänglich“

Die **SPD** setzt beim Stichwort individuelle Förderung auf die Reform der

Lehrerbildung durch das neue verpflichtende Fach „Bildungswissenschaften“. Nicht nur das „Was“ sondern das „Wie bringe ich es dem Schüler bei“ stehe im Mittelpunkt und bereite auf eine heterogene Schülerschaft vor. Bei der Unterrichtsversorgung verweist die SPD auf eine Quote von 98% und sieht darin das Ergebnis der zusätzlichen Einstellung von 5000 Lehrern in den letzten 10 Jahren. Bei der Schulsozialarbeit sieht die SPD in erster Linie die Kommunen in der Pflicht. Eine nennenswerte Ausweitung des Angebots an Schulpsychologen sei aufgrund der Haushaltslage nicht möglich.

Für die **CDU** ist eine kontinuierliche Sprachförderung nicht nur für Migrantenkinder unerlässlich. Flächendeckend soll an Grundschulen auch Schulsozialarbeit ermöglicht werden. Statt der Verbalbeurteilungen auf den Grundschulzeugnissen soll es ein jährliches Lehrer-Schüler-Eltern-Gespräch geben. Beim Unterrichtsausfall misstraut die CDU den offiziellen Zahlen, spricht von 6 bis 13 % Unterrichtsaufall und fordert die Einrichtung einer verlässlichen Vertreterreserve aus voll ausgebildeten Lehrkräften. Am Beamtentum für Lehrer hält die CDU fest.

Die **FDP** geht mit ihren Forderungen nach besser ausgebildeten Lehrern einen Schritt weiter, fordert eine Eignungsfeststellung für den Schuldienst: Nicht jeder kann Lehrer werden. Bei der Eigenverantwortung von Schule setzen die Freidemokraten auf einen fundamentalen Systemwechsel: „Die eigenverantwortliche Schule vermag am besten zu beurteilen, wie sie ihren vom Staat gesetzten Bildungsauftrag erfüllen kann und sie ist deshalb primär auch dafür verantwortlich.“

Die Grünen wollen eine bessere individuelle Förderung durch Kleingruppen und Doppelbesetzungen mit Lehrkräften bei einem längeren, gemeinsamen Lernen verwirklichen. „Schulsozialarbeit gehört an jede Schule“, sagen **Die Grünen**, die darüber hinaus das bestehende Angebot an Schulpsychologen schrittweise verdreifachen wollen. Außerdem fordern sie generell kostenfreie Bildung für alle. Das bedeutet kostenfreie Lernmittel, kostenfreie Beförderung und kostenfreies Mittagessen in den Schulen.

Auch die kleineren, bisher nicht im Landtag vertretenen Parteien stützen die Forderungen des LEB und gehen teilweise noch deutlich über sie hinaus. Die ausführlichen Antworten einiger zur Landtagswahl am 27. März antretenden Parteien können sie auf der Homepage des Landeselternbeirates RLP unter <http://leb.bildung-rp.de/> nachlesen.

Der LandesElternBeirat Rheinland-Pfalz ist die Elternvertretung auf Landesebene und repräsentiert über 700.000 Eltern. Er setzt sich aus 34 gewählten Schulelternbeiratsmitgliedern aller Schularten zusammen und engagiert sich für die Qualitätssicherung der schulischen Bildung und Ausbildung. Der LandesElternBeirat unterhält eine Geschäftsstelle, deren hauptamtliche Mitarbeiterinnen neben den ehrenamtlichen Mitgliedern als Ansprechpartner für die Eltern im Land zur Verfügung stehen. Seine Zeitschrift „Elternarbeit in Rheinland-Pfalz“ erscheint vierteljährlich. Auf der Homepage www.leb.bildung-rp.de finden Eltern viele Informationen zum Thema Schule und Elternarbeit.